

1 Stellungnahme der Jungen Union NRW zum Thema Jugendbeteiligung

2

3 **Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene stärken –**

4 **Erhalt und Förderung des Planspiels „Jugendlandtag“ –**

5 **Verzicht auf Einführung eines ständigen Jugendparlamentes auf Landesebene**

6

7 **Die Junge Union NRW fordert, dass die lokalen Strukturen der politischen Jugendbeteiligung**

8 **auf kommunaler Ebene gestärkt und das Planspiel „Jugendlandtag“ weiter gefördert wird.**

9 **Hierzu soll den Kommunen die Wichtigkeit der Einbindung von Jugendlichen verdeutlicht**

10 **und auf konkrete Unterstützungsangebote aufmerksam gemacht werden. Außerdem sollen**

11 **weitere Möglichkeiten einer Einbindung der Meinungen junger Menschen in die politische**

12 **Willensbildung, insbesondere über digitale Plattformen geprüft werden.**

13

14 Begründung:

15 Im Koalitionsvertrag wurde die Einführung eines „Jugendparlaments“ vereinbart. Die Idee eines

16 solchen Jugendparlaments mag auf den ersten Blick reizvoll sein, letztendlich überwiegen aber die

17 Nachteile, die sich insbesondere anhand der vielen offenen Fragen, die bisher nicht ausreichend

18 beantwortet werden können, aufzeigen:

19 In welchem Umfang könnte ein Jugendparlament agieren? Welches finanzielle Budget soll dafür

20 bereitgestellt werden? Ohne finanzielle Mittel, über die auch ein Jugendparlament verfügen kann,

21 würde vermutlich nur Symbolpolitik gemacht, und dafür wiederum ist der Aufwand unserer Meinung

22 nach zu groß.

23 Wie würden die Wahlen zum Jugendparlament aussehen? Wie kann sichergestellt werden, dass nicht

24 nur sowieso schon politisch aktive Jugendliche (JUler, Jusos, etc.) im Jugendparlament sitzen? Das Ziel,

25 mehr Jugendliche zur politischen Partizipation aufzufordern, wird unserer Ansicht nach durch ein

26 Jugendparlament verfehlt.

27 Zudem stellen sich organisatorische Probleme: In welchem Turnus soll sich das Jugendparlament

28 treffen? Gibt es genügend Raumkapazitäten? (Schwierigkeiten gibt es schon beim jährlichen

29 Jugendlandtag) Wie gelangen die Jugendlichen (insbesondere die Jüngeren) zum Landtag? Der

30 Aufwand, Jugendliche aus ganz NRW über einen längeren Zeitraum regelmäßig nach Düsseldorf zu

31 bringen, um dort über aktuelle Politik zu diskutieren, steht unserer Ansicht nicht im Verhältnis zu dem

32 Nutzen und der Wirkung, den mögliche Beschlüsse dieses Jugendparlamentes voraussichtlich haben
33 werden.

34 Aus unserer Sicht sind dies zu viele fragliche Punkte, zu denen wir bisher keine überzeugenden
35 Antworten gefunden haben.

36

37 Die Beteiligung von Jugendlichen an der politischen Willensbildung und somit des Verstehens wie auch
38 Erlernens von demokratischen Prozessen ist jedoch sehr wichtig und derzeit noch ausbaufähig. Als
39 größte politische Jugendorganisation in NRW bieten wir zahlreichen jungen Menschen die Möglichkeit,
40 aktiv Politik mitzugestalten. An dieser Stelle sei kurz auch auf das Förderprogramm „Talentschmiede“
41 der JU NRW verwiesen. Aber natürlich wollen wir auch neben der Mitarbeit in einer politischen
42 Jugendorganisation andere Möglichkeiten der Partizipation von jungen Menschen in der Politik
43 aufzeigen und weiter ausbauen.

44

45 Insbesondere müssen die Strukturen der Beteiligung von engagierten Jugendlichen in den Kommunen
46 gestärkt werden. In einem Teil der Kommunen gibt es bereits Jugendräte o.ä., die teils sehr erfolgreich
47 arbeiten. Um jedoch auch all die Kommunen zu erreichen, die im Bereich Jugendbeteiligung noch
48 Nachholbedarf haben und die Fachkräfte vor Ort zu unterstützen, regen wir eine Anpassung der
49 Gemeindeordnung des Landes NRW an. Konkret könnten dort nach dem Vorbild der Länder Baden-
50 Württemberg oder Schleswig-Holstein die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Jugendbeteiligung
51 erwähnt werden, sodass die Kommunen in ihren Satzungen und die Räte in ihren Geschäftsordnungen
52 die jeweils für sie passende Form konkretisieren und gestalten können. Durch eine solche Änderung
53 in der Gemeindeordnung erhoffen wir uns flächendeckendere Strukturen, die zu einer verbindlicheren
54 Form der Beteiligung von Jugendlichen führen.

55 Zur Nachhaltigkeit der kommunalen Jugendbeteiligung ist es wichtig, dass die Kommunen auf
56 praktische Qualitätsstandards zurückgreifen können. Das Bundesministerium für Familien, Senioren,
57 Frauen und Jugend hat in ihrer Broschüre „Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und
58 Jugendlichen“ eine detaillierte Praxisanleitung herausgegeben. In einem Kapitel wird explizit auf die
59 Beteiligung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene mit vielen hilfreichen Tipps eingegangen. Zudem
60 stehen für NRW u.a. das LWL-Landesjugendamt Westfalen bei Fragen zur Verfügung, ebenso finden
61 Austauschtreffen der kommunalen Fachkräfte statt. Die im nächsten Jahr stattfindenden
62 Kommunalwahlen sind ein guter Anlass, dieses Thema von JU-Seite aus weiter zu forcieren und
63 unterstützen.

64 Wir erhoffen uns von Jugendräten und ähnlichen Angeboten einen niedrighschwelligen Einstieg für
65 politisch interessierte Jugendliche in die Kommunalpolitik. Zudem lässt sich auf diese Weise eine
66 erheblich größere Anzahl an Jugendlichen in die erste politische Arbeit mit einbinden und fördern. Je

67 nach Kommune kann es sinnvoll sein, vorher genau zu prüfen, welche Art der Einbindung interessierter
68 Jugendliche passend ist. Wir plädieren dafür, verstärkt projektbasierte Möglichkeiten zu schaffen.
69 Dadurch können temporär interessante Themen von engagierten Jugendlichen bearbeitet werden.
70 Auch eine Zusammenarbeit mit Schulen kann Sinn machen.

71

72 Auf Landesebene fordern wir nachdrücklich, das Planspiel „Jugendlandtag“ fortzusetzen. Derzeit wird
73 dieses neu gestaltet. Auch hier kann und sollte sich die JU NRW mit praktikablen Ideen dafür einsetzen,
74 dass der Jugendlandtag auch weiterhin seine wichtige Rolle in der Förderung von politischer Bildung
75 wahrnehmen kann.

76

77 Zusätzliche Möglichkeiten einer politischen Einbindung von jungen Menschen sollen geprüft werden.
78 Im Hinblick auf die Digitalisierung könnte insbesondere eine digitale Plattform eine gute Möglichkeit
79 sein, Jugendliche vor Ort „abzuholen“. Auf einer solchen Plattform sollte über aktuelle politische
80 Diskussionen und Gesetzesvorhaben informiert werden und junge Menschen könnten an der
81 politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung mithilfe von digitalen Möglichkeiten (konkret:
82 Diskussionsforen, Abstimmungstools usw.) teilhaben und Gehör finden.